

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Hessen

2019	Ausgegeben zu Wiesbaden am 2. Juli 2019	Nr. 13
Tag	Inhalt	Seite
19. 6. 19	Gesetz zu dem Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Vertrages über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c GG <i>Ändert FFN Anhang Staatsverträge</i>	150
19. 6. 19	Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2018/2019 <i>Ändert FFN 43-87</i>	156
19. 6. 19	Gesetz zur Verbesserung der Kooperation von Körperschafts- und Privatwaldbetrieben beim Verkauf von Holz und in forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen <i>Ändert FFN 86-41</i>	160
19. 6. 19	Zweites Gesetz zur Änderung des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes <i>Ändert FFN 34-46</i>	161
29. 5. 19	Achte Verordnung zur Änderung der Hessischen Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz <i>Ändert FFN 41-22</i>	167
18. 6. 19	Veröffentlichung des Präsidenten des Hessischen Landtags über die Beträge der Entschädigungen der Abgeordneten und von Leistungen nach dem Hessischen Abgeordnetengesetz zum 1. Juli 2019 <i>Zu FFN 12-11</i>	178

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Gesetz
zu dem Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Vertrages über die Errichtung
des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit
beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen
von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c GG*)**

Vom 19. Juni 2019

§ 1

Dem vom 15. März 2019 bis zum 21. März 2019 unterzeichneten Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Vertrags über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Art. 91c GG wird zugestimmt. Der Staatsvertrag wird nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

Anlage

§ 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Staatsvertrag nach seinem Artikel 3 Absatz 1 Satz 1 in Kraft tritt, ist im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen bekannt zu geben. Sollte der Staatsvertrag nach Artikel 3 Absatz 1 Satz 2 gegenstandslos werden, ist dies im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen bekannt zu geben.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt.
Es ist im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen zu verkünden.

Wiesbaden, den 19. Juni 2019

Der Hessische Ministerpräsident
Bouffier

Der Hessische Minister
der Finanzen
Dr. Schäfer

Die Hessische Ministerin
für Digitale Strategie
und Entwicklung
Prof. Dr. Sinemus

*) Ändert FFN Anhang Staatsverträge

Anlage

Erster Staatsvertrag zur Änderung des Vertrags über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c GG

Das Land Baden-Württemberg,
der Freistaat Bayern,
das Land Berlin,
das Land Brandenburg,
die Freie Hansestadt Bremen,
die Freie und Hansestadt Hamburg,
das Land Hessen,
das Land Mecklenburg-Vorpommern,
das Land Niedersachsen,
das Land Nordrhein-Westfalen,
das Land Rheinland-Pfalz,
das Saarland,
der Freistaat Sachsen,
das Land Sachsen-Anhalt,
das Land Schleswig-Holstein und
der Freistaat Thüringen
sowie die
Bundesrepublik Deutschland (im Weiteren „der Bund“ genannt)
schließen nachstehenden Staatsvertrag:

Artikel 1

Änderung des Vertrags über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c GG

Der Vertrag über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c GG vom 20. November 2009 (BGBl. 2010 I S. 662) wird wie folgt geändert:

1. Der Überschrift wird folgende Kurzbezeichnung angefügt:
„(IT-Staatsvertrag)“.
2. Nach der Überschrift wird folgende Inhaltsübersicht eingefügt:
„Inhaltsübersicht“
Präambel
Abschnitt I Der IT-Planungsrat
§ 1 Einrichtung, Aufgaben, Beschlussfassung
Abschnitt II Gemeinsame Standards und Sicherheitsanforderungen, Informationsaustausch
§ 2 Festlegung von IT-Interoperabilitäts- und IT-Sicherheitsstandards
§ 3 Aufgaben im Bereich Verbindungsnetz

§ 4 Informationsaustausch

Abschnitt III Gemeinsame Einrichtung zur Unterstützung des IT-Planungsrats

§ 5 Errichtung und Aufgaben

§ 6 Trägerschaft, Dienstherrnfähigkeit, anwendbares Recht

§ 7 Organe

§ 8 Aufsicht

§ 9 Finanzierung

§ 10 Unzulässigkeit eines Insolvenzverfahrens

Abschnitt IV Schlussbestimmungen

§ 11 Änderung, Kündigung

§ 12 Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsregelung“.

3. In der Präambel werden im ersten Spiegelstrich die Wörter „Artikel 91c Absatz 1 und Absatz 2“ durch die Wörter „Artikel 91c Absatz 1 und 2“ ersetzt.
4. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aaa) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird der Doppelpunkt gestrichen.
 - bbb) Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 3 eingefügt:
„3. koordiniert und unterstützt die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Fragen der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen;“.
 - ccc) Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 4 und die Wörter „die Projekte zu Fragen“ werden durch die Wörter „Projekte und Produkte“ ersetzt und die Wörter „(E-Government-Projekte)“ werden gestrichen.
 - ddd) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 5 und die

Wörter „§ 4 dieses Vertrages“ werden durch die Angabe „§ 3“ ersetzt.

bb) Folgender Satz wird angefügt:

„Der IT-Planungsrat bedient sich zu seiner Unterstützung nach Maßgabe der §§ 5 bis 10 einer gemeinsamen Einrichtung.“

b) In Absatz 7 Satz 1 wird die Angabe „11“ durch das Wort „elf“ ersetzt.

5. § 2 wird aufgehoben.

6. § 3 wird § 2 und in Absatz 1 Satz 1 wird der Punkt am Ende durch die Wörter „, soweit nicht eine spezialgesetzliche Regelungsbefugnis vorliegt.“ ersetzt.

7. Der bisherige § 4 wird § 3 und die Angabe „Grundgesetz“ wird durch die Wörter „des Grundgesetzes“ ersetzt.

8. Der bisherige § 5 wird § 4.

9. Nach § 4 wird folgender Abschnitt III eingefügt:

„Abschnitt III

Gemeinsame Einrichtung zur Unterstützung des IT-Planungsrats

§ 5

Errichtung und Aufgaben

(1) Die Vertragspartner errichten mit Wirkung zum 1. Januar 2020 eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (gemeinsame Anstalt). Sie trägt die Bezeichnung „FITKO“ (Föderale IT-Kooperation) und hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Die gemeinsame Anstalt hat die Aufgabe, den IT-Planungsrat organisatorisch, fachlich und bei der Wahrnehmung der Aufgaben nach § 1 Absatz 1 zu unterstützen. Das Nähere regelt der IT-Planungsrat durch einstimmigen Beschluss und trifft dabei insbesondere Regelungen zu den Aufgaben, Befugnissen, der Wirtschaftsführung und Leitung der gemeinsamen Anstalt und ihrer Organe (Gründungsbeschluss).

(2) Der Gründungsbeschluss soll vorsehen, dass die gemeinsame Anstalt die Aufgaben bestehender Strukturen für Projekte und Produkte des IT-Planungsrats übernimmt. Er kann eine Rechtsnachfolge vorsehen und die hierzu bestehenden Verwaltungsabkommen außer Kraft setzen.

(3) Änderungen des Gründungsbeschlusses bedürfen der Zustimmung aller Mitglieder des IT-Planungsrats.

(4) Zur Wahrnehmung von Querschnittsaufgaben soll sich die gemeinsame Anstalt Dritter bedienen.

§ 6

Trägerschaft, Dienstherrnfähigkeit, anwendbares Recht

(1) Träger der gemeinsamen Anstalt sind die Vertragspartner zu gleichen Teilen. Die Anteile an der gemeinsamen Anstalt sind nicht übertragbar.

(2) Die gemeinsame Anstalt besitzt Dienstherrnfähigkeit.

(3) Für die Errichtung und den Betrieb der gemeinsamen Anstalt gilt das hessische Landesrecht, soweit in diesem Staatsvertrag, im Gründungsbeschluss oder in der Satzung der gemeinsamen Anstalt nichts anderes bestimmt ist. Für die Beamten der gemeinsamen Anstalt findet daneben das Beamtenstatusgesetz Anwendung. Für die Beschäftigten und Auszubildenden der gemeinsamen Anstalt gilt der Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H) beziehungsweise der Tarifvertrag für Auszubildende des Landes Hessen in Ausbildungsbereufen nach dem Berufsbildungsgesetz (TVA-H BBiG) einschließlich der diese Tarifverträge ergänzenden, ändernden und ersetzenden Tarifverträge in der jeweils geltenden Fassung. Beschäftigte nach Satz 3 können in einem außertariflichen Beschäftigungsverhältnis beschäftigt werden, soweit dies für die Durchführung der Aufgaben erforderlich ist und der Stellenplan eine entsprechende Ermächtigung enthält.

(4) Die gemeinsame Anstalt kann mit Zustimmung des Sitzlandes Aufgaben der Personalverwaltung und Personalwirtschaft einschließlich der Verarbeitung der hierfür erforderlichen Personalaktendaten auf Dienststellen des Sitzlandes übertragen. Diesen Stellen dürfen personenbezogene Daten der Beschäftigten übermittelt werden, soweit deren Kenntnis zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben erforderlich ist.

(5) Der Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag über die Verteilung der Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrnwechseln ist anzuwenden.

§ 7

Organe

(1) Die gemeinsame Anstalt wird von einem Präsidenten geleitet und vertreten. Er wird hierbei vom Verwaltungsrat beaufsichtigt.

(2) Der IT-Planungsrat nimmt die Funktion des Verwaltungsrats wahr. Entscheidungen des IT-Planungsrats, die er als Verwaltungsrat über Angelegenheiten der gemeinsamen Anstalt trifft, erfolgen nach Maßgabe des § 1

Absatz 7 Satz 1, soweit dieser Vertrag oder der Gründungsbeschluss keine abweichende Regelung enthält. Handelt es sich bei diesen Entscheidungen um die Satzung der gemeinsamen Anstalt und ihre Änderungen, so sind diese im elektronischen Bundesanzeiger zu veröffentlichen.

(3) Der Präsident wird vom IT-Planungsrat für die Dauer von höchstens fünf Jahren bestellt. Erneute Bestellungen sind zulässig. Der Präsident beruft einen Vertreter für den Fall seiner Abwesenheit.

§ 8

Aufsicht

Die gemeinsame Anstalt unterliegt der Rechtsaufsicht der Vertragspartner. Die Rechtsaufsicht wird vom Sitzland ausgeübt. Das Sitzland stellt vor der Ausübung von aufsichtlichen Maßnahmen mit den Vertragspartnern Einvernehmen her, sofern nicht ein Eilfall entgegensteht. Jeder Vertragspartner kann beim Sitzland aufsichtliche Maßnahmen beantragen. Zuständige Stellen für Angelegenheiten der Rechtsaufsicht durch die Vertragspartner sind die Ministerien oder die Behörden, denen die jeweiligen Vertreter für Informationstechnik als Mitglieder des IT-Planungsrats (§ 1 Absatz 2) angehören.

§ 9

Finanzierung

(1) Die gemeinsame Anstalt erhält zur Erfüllung ihrer Aufgaben von den Vertragspartnern Finanzmittel nach Maßgabe des Wirtschaftsplans und der jeweiligen Haushalte des Bundes und der Länder.

(2) Für die Jahre 2020 bis 2022 verpflichten sich die Vertragspartner darüber hinaus, ein Digitalisierungsbudget im Umfang von bis zu 180 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Mit dem Digitalisierungsbudget sollen Projekte und Produkte für die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen, die auf allen föderalen Ebenen zum Einsatz kommen, unterstützt werden. Das Digitalisierungsbudget sowie die daraus zu finanzierenden Projekte und Produkte werden im Wirtschaftsplan gesondert ausgewiesen.

(3) Der Wirtschaftsplan und seine Änderungen werden durch den IT-Planungsrat gemäß § 1 Absatz 7 beschlossen. Der Wirtschaftsplan sowie eventuelle Änderungen bedürfen der Zustimmung der Finanzministerkonferenz und des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen. Sie sind der Konferenz des Chefs des Bundeskanzleramtes mit den Chefs der Staats- und Senatskanzleien nach § 1 Absatz 1 Satz 2 vorzulegen.

(4) Die Finanzierung der gemeinsamen Anstalt und ihrer Aufgaben erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel, erweitert um einen festen Finanzierungsanteil des Bundes in Höhe von 25 Prozent, soweit im Wirtschaftsplan für einzelne Projekte oder Produkte keine abweichende Regelung getroffen wird. Das Sitzland trägt vorweg eine Sitzlandquote. Diese beträgt 10 Prozent der Personal- und Verwaltungskosten der FITKO, ohne die auf das Digitalisierungsbudget entfallenden Beträge. Für die über das Digitalisierungsbudget nach Absatz 2 zu finanzierenden Projekte und Produkte wird der Königsteiner Schlüssel mit einem festen Finanzierungsanteil des Bundes in Höhe von 35 Prozent zugrunde gelegt.

(5) Die Ausführung des Wirtschaftsplans steht unter dem Vorbehalt der jeweiligen haushaltsrechtlichen Ermächtigung der Vertragspartner.

(6) Die Rechnungshöfe der Vertragspartner prüfen die Haushalts- und Wirtschaftsführung der gemeinsamen Anstalt.

(7) Die Zuweisung der Finanzmittel aus dem Wirtschaftsplan für das erste Halbjahr 2020 erfolgt zum 2. Januar 2020. Zur Sicherstellung der unterbrechungsfreien Auszahlung der Besoldung der Beamten, die zum 1. Januar 2020 von einem Dienstverhältnis bei einem der Vertragspartner in die gemeinsame Anstalt wechseln, wird der abgebende Vertragspartner die Besoldung für den Januar 2020 auszahlen. Er erlangt einen Rückzahlungsanspruch in voller Höhe der geleisteten Zahlungen gegenüber der gemeinsamen Anstalt.

§ 10

Unzulässigkeit eines Insolvenzverfahrens

Ein Insolvenzverfahren über das Vermögen der gemeinsamen Anstalt ist unzulässig.“

10. Der bisherige Abschnitt III wird Abschnitt IV.
11. Der bisherige § 6 wird § 11 und wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „an die Geschäftsstelle“ durch die Wörter „an die gemeinsame Anstalt“ ersetzt.
 - b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
„Mit Wirksamkeit der Kündigung endet die Trägerschaft an der gemeinsamen Anstalt.“
 - bb) In dem neuen Satz 3 wird die Angabe „§ 7 Absatz 2“ durch die Angabe „§ 12 Absatz 2“ ersetzt.

- c) Folgender Absatz 4 wird angefügt:
- „(4) Die gemeinsame Anstalt besteht unter der Trägerschaft der übrigen Vertragspartner weiter. Zwischen den verbleibenden Vertragspartnern und dem kündigenden Vertragspartner wird eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Auseinandersetzung, insbesondere über die Verteilung des Aktivvermögens sowie die Übernahme der bestehenden Verbindlichkeiten und Versorgungslasten, geschlossen. In der Auseinandersetzungsvereinbarung sind auch die Konsequenzen für das Personal der gemeinsamen Anstalt zu regeln. Eine Kündigung nach Absatz 2 wird erst wirksam, wenn die Auseinandersetzungsvereinbarung vorliegt.“
12. Der bisherige § 7 wird § 12 und wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:
- „Die gemeinsame Anstalt gilt mit dem Wirksamwerden der Kündigung des zuletzt kündigenden Vertragspartners als aufgelöst.“
- b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
- „(3) Im Falle des Absatzes 2 gilt § 11 Absatz 4 Satz 2 entsprechend. Die Vertragspartner regeln die Übernahme von Beamten und Versorgungsempfänger der gemeinsamen Anstalt durch einen oder mehrere Vertragspartner im Rahmen der Auseinandersetzungsvereinbarung einvernehmlich, § 6 Absatz 5 ist entsprechend anzuwenden. Es gelten die Regelungen des dritten Abschnitts des Beamtenstatusgesetzes und des Hessischen Beamtengesetzes über den vollständigen Übergang der Aufgaben einer Körperschaft auf mehrere andere entsprechend. Die Vertragspartner sollen den Tarifbeschäftigten (einschließlich der Auszubildenden) der gemeinsamen Anstalt ein Übernahmeangebot zu einem oder mehreren der Vertragspartner stellen. Kündigungen der Vertragspartner, die

zur Auflösung der gemeinsamen Anstalt nach Absatz 2 führen, werden erst wirksam, wenn die Auseinandersetzungsvereinbarung vorliegt.“

- c) In Absatz 4 Satz 1 wird das Wort „Beteiligten“ durch das Wort „Vertragspartner“ ersetzt und wird jeweils nach dem Wort „Vertrages“ sowie dem Wort „widersprechen“ ein Komma eingefügt.
- d) Folgender Absatz 5 wird angefügt:
- „(5) Die nach § 2 des IT-Staatsvertrags in der Fassung vom 1. April 2010 beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat eingerichtete Geschäftsstelle wird bis zum 30. Juni 2020 fortgeführt. Danach gehen die Aufgaben der Geschäftsstelle auf die gemeinsame Anstalt über. Die gemeinsame Anstalt tritt insoweit in die Rechtsnachfolge ein.“

Artikel 2

Bekanntmachungserlaubnis

Der Bund und die Länder können den Wortlaut des IT-Staatsvertrags in der am Tag des Inkrafttretens nach Artikel 3 Absatz 1 Satz 1 geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt und in den jeweiligen Landesgesetzblättern bekannt machen.

Artikel 3

Inkrafttreten

(1) Dieser Staatsvertrag tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der dem Monat folgt, in dem die letzte Ratifikationsurkunde bei der Staats- oder Senatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt wurde. Sind bis zum 30. September 2019 nicht alle Ratifikationsurkunden bei der Staats- oder Senatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt, wird dieser Staatsvertrag gegenstandslos.

(2) Die Staats- oder Senatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz teilt Bund und Ländern die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden mit.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Berlin, den 19.03.2019

Horst Seehofer

Für das Land Baden-Württemberg
Berlin, den 15.03.2019

Winfried Kretschmann

Für den Freistaat Bayern
Berlin, den 15.03.2019

Markus Söder

Für das Land Berlin
Berlin, den 15.03.2019

Michael Müller

Für das Land Brandenburg Berlin, den 15.03.2019	Dietmar Woidtke
Für die Freie Hansestadt Bremen Berlin, den 15.03.2019	Carsten Sieling
Für die Freie und Hansestadt Hamburg Berlin, den 15.03.2019	Peter Tschentscher
Für das Land Hessen Berlin, den 15.03.2019	Volker Bouffier
Für das Land Mecklenburg-Vorpommern Berlin, den 21.03.2019	Manuela Schwesig
Für das Land Niedersachsen Berlin, den 21.03.2019	Stephan Weil
Für das Land Nordrhein-Westfalen Berlin, den 21.03.2019	Armin Laschet
Für das Land Rheinland-Pfalz Berlin, den 15.03.2019	Malu Dreyer
Für das Saarland Berlin, den 15.03.2019	Tobias Hans
Für den Freistaat Sachsen Berlin, den 15.03.2019	Michael Kretschmer
Für das Land Sachsen-Anhalt Berlin, den 15.03.2019	Reiner Haseloff
Für das Land Schleswig-Holstein Berlin, den 21.03.2019	Daniel Günther
Für den Freistaat Thüringen Berlin, den 21.03.2019	Bodo Ramelow

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Gesetz
zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2018/2019*)
Vom 19. Juni 2019**

Artikel 1

Das Haushaltsgesetz 2018/2019 vom 2. Februar 2018 (GVBl. S. 7) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 wird die Angabe „36 385 093 500“ durch „36 532 018 800“ ersetzt.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
„Das Ministerium der Finanzen kann in begründeten Einzelfällen darüber hinaus Überschreitungen der Gesamtkosten eines Produkts zulassen, wenn diese Überschreitungen innerhalb des jeweiligen Buchungskreises ausgeglichen werden können.“
 - bb) In dem neuen Satz 3 wird das Wort „gilt“ durch die Angabe „und 2 gelten“ ersetzt.
 - b) Als Abs. 11 wird angefügt:
„(11) Zum Ausgleich von Mehrbedarfen bei den Personalkosten, die nicht innerhalb der Buchungskreise ausgeglichen werden können, kann das Ministerium der Finanzen zusätzliche Produktabgeltung gewähren.“
3. § 3 Abs. 5 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Wörter „Das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung“ werden durch „Die Staatskanzlei, das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen“ ersetzt.
 - b) Nach dem Wort „Einzelplänen“ wird die Angabe „02,“ eingefügt.
4. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 2 Satz 2 werden nach dem Wort „Sperrung“ die Wörter „in Abstimmung mit der Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung“ eingefügt.
 - b) In Abs. 3 Satz 1 werden nach dem Wort „Finanzen“ die Wörter „und

der Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung“ eingefügt.

5. In § 7 Abs. 4 wird die Angabe „428“ durch „422“ ersetzt.
6. Dem § 12 wird als Abs. 8 angefügt:
„(8) Abweichend von § 52 Satz 1 der Hessischen Landeshaushaltsordnung wird zugelassen, dass Bedienstete des Landes ihre privaten Elektrofahrzeuge an betrieblichen Ladevorrichtungen des Landes längstens bis zum 31. Dezember 2020 kostenfrei aufladen können. Näheres regelt das Ministerium der Finanzen. § 10 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Besoldungsgesetzes findet keine Anwendung.“
7. § 15 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe „in den Haushaltsjahren 2018 und 2019“ durch „im Haushaltsjahr 2018“ ersetzt und wird das Wort „jährlich“ gestrichen.
 - b) Nach Abs. 2 wird als Abs. 2a eingefügt:
„(2a) Das Ministerium der Finanzen kann Bürgschaften zur Förderung des Wohnungswesens, des studentischen und altersgerechten Wohnungsbaus und zur Sicherung von Investitionen in Wohngebäuden und Gebäuden mit sozialen Einrichtungen im Haushaltsjahr 2019 bis zu einem Betrag von 120 000 000 Euro bewilligen. Es kann außerdem Bürgschaften, die in früheren Haushaltsjahren bis einschließlich 31. Dezember 2018 für denselben Zweck im Rahmen des festgelegten Bürgschaftsrahmens bewilligt wurden, endgültig übernehmen.“
 - c) In Abs. 7 wird die Angabe „65 000 000“ durch „85 000 000“ ersetzt.
8. Der Haushaltsplan 2019 und der Gesamtplan 2018/2019 Teil II erhalten die aus der Anlage ersichtliche Fassung.

Anlage

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2019 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt.

Es ist im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen zu verkünden.

Wiesbaden, den 19. Juni 2019

Der Hessische Ministerpräsident
Bouffier

Der Hessische Minister
des Finanzen
Dr. Schäfer

Haushaltsplan 2019**Teil I - Haushaltsübersicht****B. Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen der Einzelpläne und deren Inanspruchnahme**

Epl.	Bezeichnung	Verpflichtungs- ermächtigung 2019 EUR	von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden			
			2020 EUR	2021 EUR	2022 EUR	spätere Jahre EUR
1	2	3	4	5	6	7
01	Hessischer Landtag	250.000	250.000	—	—	—
02	Hessischer Ministerpräsident	156.711.000	43.519.000	60.250.500	20.269.000	32.672.500
03	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport	213.330.000	93.345.000	67.265.000	32.720.000	20.000.000
04	Hessisches Kultusministerium	500.000	500.000	—	—	—
05	Hessisches Ministerium der Justiz	892.000	532.000	—	180.000	180.000
06	Hessisches Ministerium der Finanzen	940.956.300	25.033.400	32.009.900	240.772.700	643.140.300
07	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen	367.812.400	166.914.800	108.797.500	56.990.300	35.109.800
08	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration	124.934.200	53.219.200	37.545.000	18.727.500	15.442.500
09	Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	320.749.300	46.345.500	71.933.900	57.464.000	145.005.900
10	Staatsgerichtshof	—	—	—	—	—
11	Hessischer Rechnungshof	2.758.400	1.367.200	1.391.200	—	—
15	Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst	199.557.300	101.124.300	62.193.400	19.518.500	16.721.100
17	Allgemeine Finanzverwaltung	482.800.000	94.300.000	87.600.000	98.200.000	202.700.000
18	Staatliche Hochbaumaßnahmen	277.727.600	149.728.000	73.951.000	43.690.000	10.358.600
	Insgesamt	3.088.978.500	776.178.400	602.937.400	588.532.000	1.121.330.700

Gesamtplan 2018/2019**Teil II Finanzierungsübersicht**

	(Mio. EUR)	(Mio. EUR)
	2018	2019
I. Ermittlung des Finanzierungssaldos		
1. <u>Ausgaben</u>	28.465,4	29.441,0
(ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags, haushaltstechnische Verrechnungen)		
2. <u>Einnahmen</u>	28.571,1	29.584,9
(ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen, haushaltstechnische Verrechnungen)		
3. <u>Finanzierungssaldo</u>	105,7	143,9
II. Zusammensetzung des Finanzierungssaldos		
1. <u>Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt</u>	- 0,2	- 102,5
1.1. Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	3.940,8	2.935,3
1.2. Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	3.941,0	3.037,8
2. <u>Abwicklung der Vorjahre</u>	--	--
2.1. Einnahmen aus Überschüssen	--	--
2.2. Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	--	--
3. <u>Rücklagenbewegung</u>	- 105,5	- 41,4
3.1. Entnahmen aus Rücklagen	219,5	248,5
3.2. Zuführungen an Rücklagen	324,9	289,9
4. <u>Haushaltstechnische Verrechnungen</u>	--	--
4.1. Einnahmenseite	3.748,5	3.763,4
4.2. Ausgabenseite	3.748,5	3.763,4
5. <u>Finanzierungssaldo (Saldo 1. bis 4.)</u>	- 105,7	- 143,9

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Gesetz
zur Verbesserung der Kooperation von Körperschafts- und Privatwaldbetrieben
beim Verkauf von Holz und in forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen**

Vom 19. Juni 2019

Artikel 1*)

Das Hessische Waldgesetz vom 21. Juni 2013 (GVBl. S. 458), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2015 (GVBl. S. 607), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe „§ 21 Forstbetriebsvereinigungen und Forstbetriebsgemeinschaften“ eingefügt:

„§ 21a Beteiligung von Gemeinden an Forstbetriebsgemeinschaften und forstwirtschaftlichen Vereinigungen“

2. Nach § 21 wird eingefügt:

„§ 21a

Beteiligung von Gemeinden an Forstbetriebsgemeinschaften und forstwirtschaftlichen Vereinigungen

(1) Beteiligt sich eine Gemeinde oder ein Landkreis an einer forstwirtschaftlichen Vereinigung, einer Forstbetriebsgemeinschaft oder einer Gesellschaft, um ihren Wald im Zusammenwirken mit anderen Waldbesitzenden des Körperschafts- oder Privatwaldes zu bewirtschaften, finden § 121 Abs. 1 und § 122 Abs. 1 Nr. 1 der Hessischen Gemeindeordnung keine Anwendung. Bietet ein Zweckverband oder eine Gemeinsame kommunale Anstalt Privatwaldbesitzenden Leistungen zur Bewirtschaftung des Wal-

des an, so findet § 121 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung keine Anwendung, soweit diese Leistungserbringung am Gesamtsatz nur einen untergeordneten Teil einnimmt.

(2) Lässt eine Gemeinde oder ein Landkreis durch eine forstwirtschaftliche Vereinigung, eine Forstbetriebsgemeinschaft oder eine Gesellschaft, einen Zweckverband oder eine Anstalt im Sinne des Abs. 1, an der sie oder er beteiligt ist, Bau-, Dienst- oder Lieferleistungen beschaffen, findet das Hessische Vergabe- und Tariftreuegesetz vom 19. Dezember 2014 (GVBl. S. 354), geändert durch Gesetz vom 5. Oktober 2017 (GVBl. S. 294), keine Anwendung. Die jeweilige forstwirtschaftliche Vereinigung, Forstbetriebsgemeinschaft oder Gesellschaft, der Zweckverband oder die Anstalt hat bei Arbeitsverhältnissen die für sie geltenden gesetzlichen, aufgrund eines Gesetzes festgesetzten und unmittelbar geltenden tarifvertraglichen Leistungen zu gewähren. Für von ihr zu erteilende Aufträge gilt § 4 des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes entsprechend.“

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt.

Es ist im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen zu verkünden.

Wiesbaden, den 19. Juni 2019

Der Hessische Ministerpräsident
Bouffier

Die Hessische Ministerin
für Umwelt, Klimaschutz,
Landwirtschaft und
Verbraucherschutz

Hinz

*) Ändert FFN 86-41

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Zweites Gesetz
zur Änderung des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes*)
Vom 19. Juni 2019**

Artikel 1

Das Hessische Behinderten-Gleichstellungsgesetz vom 20. Dezember 2004 (GVBl. I S. 482), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Die Angaben zu den §§ 1 und 2 werden wie folgt gefasst:

„§ 1 Ziel des Gesetzes

§ 2 Menschen mit Behinderungen“

b) Der Angabe zu § 3 werden ein Komma und das Wort „Zielvereinbarungen“ angefügt.

c) Die Angabe zu § 5 wird wie folgt gefasst:

„§ 5 Vermeidung von Benachteiligungen wegen mehrerer Gründe, besondere Belange von Frauen, Kindern und Eltern mit Behinderungen“

d) Die Angabe zu § 8 wird wie folgt gefasst:

„§ 8 Gebärdensprache und Kommunikation von Menschen mit Hör- und Sprachbehinderungen“

e) In der Angabe zu § 8b werden nach dem Wort „Interessenvertretung“ die Wörter „und Interessenwahrnehmung“ eingefügt.

f) In der Angabe zu § 11 wird das Wort „oder“ durch „und“ ersetzt.

g) Nach der Angabe zu § 12 wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 12a Verständlichkeit und Leichte Sprache“

h) Der Angabe zu § 14 werden ein Komma und das Wort „Verordnungsermächtigung“ angefügt.

i) In der Angabe zu § 16 wird das Wort „Rechtsschutz“ durch „Prozessstandschaft“ ersetzt.

j) Die Angabe zu § 18 wird wie folgt gefasst:

„§ 18 Beauftragte oder Beauftragter der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderungen“

k) Nach der Angabe zu § 18 wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 19 Inklusionsbeirat“

l) Die Angabe zu Abschnitt 6 wird wie folgt gefasst:

„Abschnitt 6

Schlussvorschriften

§ 20 Inkrafttreten“

2. Die §§ 1 und 2 werden wie folgt gefasst:

„§ 1

Ziel des Gesetzes

Ziel dieses Gesetzes ist es, unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention) vom 13. Dezember 2006 (BGBl. 2008 II S. 1420) die Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen zu beseitigen und zu verhindern sowie die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und ihnen eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen. Dabei wird ihren besonderen Bedürfnissen Rechnung getragen.

§ 2

Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen im Sinne dieses Gesetzes sind Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können. Als langfristig gilt in der Regel ein Zeitraum, der mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate andauert.“

3. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Der Überschrift werden ein Komma und das Wort „Zielvereinbarungen“ angefügt.

b) In Abs. 1 wird nach dem Wort „Hilfe“ das Wort „auffindbar,“ und werden vor dem Punkt die Wörter „und über die Auffindbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit verständlich informiert wird“ eingefügt.

c) Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Zur Herstellung der Barrierefreiheit sollen Zielvereinbarungen zwischen Landesverbänden von

*) Ändert FFN 34-46

Menschen mit Behinderungen einerseits und Unternehmen oder Unternehmensverbänden andererseits für ihren jeweiligen sachlichen und räumlichen Organisations- oder Tätigkeitsbereich getroffen werden, soweit keine speziellen Rechtsvorschriften entgegenstehen und keine Zielvereinbarungen nach § 5 des Behindertengleichstellungsgesetzes vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1467, 1468), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli 2018 (BGBl. I S. 1117), bestehen. Soweit Landesverbände nicht vorhanden sind, können auch örtliche Verbände, die die Interessen von Menschen mit Behinderungen vertreten, Zielvereinbarungen für ihren jeweiligen sachlichen und räumlichen Organisations- oder Tätigkeitsbereich treffen. Die Verbände können die Aufnahme von Verhandlungen über Zielvereinbarungen verlangen.“

- d) In Abs. 3 Nr. 2 wird nach dem Wort „auf“ das Wort „Auffindbarkeit,“ eingefügt.
- e) In Abs. 5 werden die Wörter „Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen“ durch die Angabe „Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderungen nach § 18“ ersetzt.

4. § 4 wird wie folgt gefasst:

„§ 4

Benachteiligung

(1) Eine Benachteiligung im Sinne dieses Gesetzes liegt vor, wenn

1. Menschen mit und ohne Behinderungen ohne zwingenden sachlichen Grund unterschiedlich behandelt werden und dadurch Menschen mit Behinderungen in der gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar beeinträchtigt werden,
2. Menschen mit Behinderungen die Mitnahme oder der Einsatz benötigter Hilfsmittel verweigert oder erschwert wird,
3. angemessene Vorkehrungen für Menschen mit Behinderungen im Sinne der Art. 2 und 5 Abs. 3 der UN-Behindertenrechtskonvention versagt werden oder
4. Menschen mit Behinderung im Sinne des § 3 Abs. 3 oder 4 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1897), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. April 2013 (BGBl. I S. 610), belästigt werden.

(2) Bei einem Verstoß gegen eine Verpflichtung zur Herstellung von Barrierefreiheit wird das Vorliegen einer Benachteiligung widerleglich vermutet.“

5. § 5 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 5

Vermeidung von Benachteiligungen wegen mehrerer Gründe, besondere Belange von Frauen, Kindern und Eltern mit Behinderungen“

- b) Als Abs. 1 wird eingefügt:

„(1) Als besonderer Belang von Menschen mit Behinderungen ist die Vermeidung von Benachteiligungen wegen weiterer in § 1 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes genannter Gründe zu berücksichtigen.“

- c) Der bisherige Wortlaut wird Abs. 2.

- d) Als Abs. 3 und 4 werden angefügt:

„(3) Die Träger öffentlicher Gewalt im Sinne des § 9 Abs. 1 Satz 1 haben bei Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche mit Behinderungen betreffen, das Wohl der Kinder und Jugendlichen vorrangig zu berücksichtigen und darauf hinzuwirken, dass sie gleichberechtigt mit Kindern und Jugendlichen ohne Behinderungen ihre Rechte wahrnehmen können.

(4) Zur Verwirklichung einer selbstbestimmten Elternschaft sind die spezifischen Bedürfnisse von Eltern mit Behinderungen und deren Kindern zu berücksichtigen.“

6. § 8 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 8

Gebärdensprache und Kommunikation von Menschen mit Hör- und Sprachbehinderungen“

- b) Abs. 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Menschen mit Hörbehinderungen (gehörlose, ertaubte, schwerhörige und taubblinde Menschen) und Menschen mit Sprachbehinderungen haben nach Maßgabe der einschlägigen Gesetze das Recht, die Deutsche Gebärdensprache oder lautsprachbegleitende Gebärden zu verwenden.“

7. § 8a wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 werden nach dem Wort „-maßnahmen“ die Wörter „sowie bei der Gewährung von Zuwendungen“ eingefügt.

- b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Nr. 2 wird die Angabe „§ 17 Abs. 2 bis 6“ durch „§ 29“ ersetzt und werden die Angabe

„vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046, 1047), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juli 2009 (BGBl. S. I 2495),“ sowie das Wort „und“ gestrichen.

bb) In Nr. 3 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.

cc) Als Nr. 4 wird angefügt:

„4. Unterstützung der gleichberechtigten Teilhabe an sportlichen und freizeitbezogenen Aktivitäten.“

dd) Folgender Satz wird angefügt:

„Satz 1 gilt entsprechend für Fachkonzepte der fachlich zuständigen Ministerien, die die Belange von Menschen mit Behinderungen berühren.“

8. § 8b wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 8b

Interessenvertretung und Interessenwahrnehmung für Menschen mit Behinderungen“

b) Der bisherige Wortlaut wird Abs. 1.

c) Als Abs. 2 wird angefügt:

„(2) Die kommunalen Gebietskörperschaften sollen zur Wahrung der Interessen von Menschen mit Behinderungen durch Satzung nähere Regelungen zur vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe auf örtlicher Ebene treffen, soweit die Wahrung der Interessen nicht bereits anderweitig sichergestellt ist.“

9. § 9 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 werden Satz 1 und 2 durch folgende Sätze ersetzt:

„Die

1. Behörden und Dienststellen des Landes, Gerichte, Staatsanwaltschaften und der Hessische Landtag jedoch nur, soweit sie öffentlich-rechtliche Verwaltungsaufgaben wahrnehmen,

2. der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, der Hessische Rundfunk und die Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien jedoch nur, soweit nicht besondere gesetzliche Regelungen zur Ausgestaltung des Art. 5 Abs. 1 des Grundgesetzes bestehen, sowie

3. Beliehenen

sind im Rahmen ihrer gesetzlichen oder satzungsmäßigen Aufgaben verpflichtet, aktiv auf das Erreichen

der Ziele nach § 1 hinzuwirken. Die kommunalen Gebietskörperschaften haben die Ziele des § 1 bei der Umsetzung ihrer Planungen und Maßnahmen zu beachten.“

b) Abs. 2 wird aufgehoben.

c) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 2 und wie folgt gefasst:

„(2) Träger öffentlicher Gewalt im Sinne des Abs. 1 Satz 1 und 2 dürfen Menschen mit Behinderungen nicht benachteiligen.“

d) Der bisherige Abs. 4 wird Abs. 3.

10. § 10 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Neubauten sowie Um- oder Erweiterungsbauten der Träger öffentlicher Gewalt im Sinne des § 9 Abs. 1 Satz 1 sollen entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik barrierefrei gestaltet werden. Bereits bestehende Bauten sind schrittweise mit dem Ziel einer möglichst weitreichenden Barrierefreiheit zu gestalten. Von diesen Anforderungen kann abgewichen werden, wenn mit einer anderen Lösung in gleichem Maße die Anforderungen an die Barrierefreiheit erfüllt werden können. Weitergehende Anforderungen an die Barrierefreiheit in anderen landesrechtlichen Vorschriften, insbesondere der Hessischen Bauordnung, bleiben unberührt.“

b) Als neue Abs. 2 und 3 werden eingefügt:

„(2) Die Träger öffentlicher Gewalt im Sinne des § 9 Abs. 1 Satz 1 sollen auch bei Anmietungen der von ihnen genutzten Bauten auf deren Barrierefreiheit achten. In Zukunft sollen nur barrierefreie Bauten oder Bauten, in denen die baulichen Barrieren unter Berücksichtigung der baulichen Gegebenheiten abgebaut werden können, angemietet werden, soweit die Anmietung nicht eine unangemessene wirtschaftliche Belastung zur Folge hätte.

(3) Die Landesregierung berichtet dem Landtag einmal in jeder Wahlperiode über die Fortentwicklung des Standes der Barrierefreiheit der im Eigentum des Landes stehenden Gebäude, die von Trägern öffentlicher Gewalt des Landes genutzt werden.“

c) Der bisherige Abs. 2 wird Abs. 4.

d) Als Abs. 5 wird angefügt:

„(5) Die kommunalen Gebietskörperschaften sollen im Rahmen ihrer Verpflichtung nach § 9 Abs. 1 Satz 2 auch auf eine Herstellung der Barrierefreiheit nach Abs. 1 und 4 achten.“

11. § 11 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift wird das Wort „oder“ durch „und“ ersetzt.
- b) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter „Hör- oder sprachbehinderte Menschen“ durch „Menschen mit Hör- oder Sprachbehinderungen“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 wird nach den Wörtern „öffentlicher Gewalt“ die Angabe „im Sinne des § 9 Abs. 1 Satz 1“ eingefügt und werden die Wörter „sicherzustellen und die notwendigen Aufwendungen zu tragen“ durch „ohne Kosten für die Berechtigten sicherzustellen oder die hierfür notwendigen Aufwendungen zu tragen“ ersetzt.
 - cc) In Satz 3 werden die Wörter „Hör- oder sprachbehinderten Eltern“ durch „Eltern mit Hör- oder Sprachbehinderungen“ und wird das Wort „erstattet“ durch die Wörter „durch das Land erstattet, soweit die Tätigkeit der Schule im Rahmen ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages betroffen ist“ ersetzt.
 - dd) Folgender Satz wird angefügt:

„Satz 3 gilt entsprechend in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege.“

12. In § 12 Abs. 1 Satz 2 wird die Angabe „nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach Abs. 2“ gestrichen.

13. Nach § 12 wird als § 12a eingefügt:

„§ 12a

Verständlichkeit und Leichte Sprache

(1) Die Träger öffentlicher Gewalt im Sinne des § 9 Abs. 1 sollen mit Menschen mit geistigen oder seelischen Behinderungen in einer für sie leicht verständlichen Sprache kommunizieren.

(2) Auf Verlangen haben die Träger öffentlicher Gewalt im Sinne des § 9 Abs. 1 Satz 1 Menschen mit geistigen oder seelischen Behinderungen, die Schwierigkeiten mit dem Textverständnis haben, die in § 12 Abs. 1 genannten Dokumente in einfacher und verständlicher Weise und, soweit dies nicht ausreichend ist, im notwendigen Umfang und ohne zusätzliche Kosten in Leichter Sprache schriftlich zu erläutern.

(3) Die Träger öffentlicher Gewalt im Sinne des § 9 Abs. 1 Satz 1 sollen Informationen in Leichter Sprache bereitstellen. Die Landesregierung wirkt darauf hin, dass sie die Leichte Sprache stärker einsetzen und entsprechende Kompetenzen für das Verfassen

von Texten in Leichter Sprache auf- und ausgebaut werden.“

14. In § 13 werden nach dem Wort „Fassung“ die Wörter „der Bekanntmachung“ eingefügt und wird die Angabe „Gesetz vom 20. Dezember 2004 (GVBl. I S. 482)“ durch „Verordnung vom 16. Juli 2018 (GVBl. S. 346)“, die Angabe „§ 6 Abs. 2 Satz 3“ durch „§ 6 Abs. 3 Satz 2“ und die Angabe „Gesetz vom 20. Dezember 2004 (GVBl. I S. 482)“ durch „Verordnung vom 16. Juli 2018 (GVBl. S. 346)“ ersetzt.

15. § 14 wird wie folgt geändert:

- a) Der Überschrift werden ein Komma und das Wort „Verordnungsermächtigung“ angefügt.
- b) Der bisherige Wortlaut wird Abs. 1 und wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird die Angabe „Satz 1“ gestrichen und das Wort „sowie“ durch ein Komma und die Angabe „die Träger öffentlicher Gewalt im Sinne des § 9 Abs. 1 Satz 1 auch“ ersetzt.
 - bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Landesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung nach Maßgabe der technischen, finanziellen und verwaltungsorganisatorischen Möglichkeiten

 1. die anzustrebenden technischen Standards sowie den Zeitpunkt ihrer verbindlichen Anwendung,
 2. die zu gestaltenden Bereiche und Arten amtlicher Informationen,
 3. die zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (ABl. EU Nr. L 327 S. 1) notwendigen Regelungen über den Anwendungsbereich,
 4. die Informationspflichten bei Internetauftritten und -angeboten, die zur Barrierefreiheit veröffentlicht werden sollen,
 5. die Methode der Überwachung der Barrierefreiheitsanforderungen sowie der Berichterstattung hierzu nach Art. 8 der Richtlinie (EU) 2016/ 2102 und
 6. das Verfahren, um die Einhaltung der Anforderungen an die Barrierefreiheit nach Art. 4 bis 7 der Richtlinie (EU) 2016/2102 zu gewährleisten.“

c) Als Abs. 2 wird angefügt:

„(2) Für Websites und mobile Anwendungen öffentlicher Stellen nach Art. 3 der Richtlinie (EU) 2016/2102 gilt Abs. 1 entsprechend.“

16. Dem § 15 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:

„Ihre Direktorin oder ihr Direktor berichtet der Versammlung der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien regelmäßig über den Stand der Barrierefreiheit im Sinne des Satzes 1.“

17. § 16 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 16

Prozessstandschaft durch Verbände“

b) In Satz 1 wird die Angabe „§ 9 Abs. 3“ durch „§ 9 Abs. 2“ und die Angabe „§ 13 Abs. 3“ durch „§ 15 Abs. 3“ ersetzt sowie die Angabe „vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1467, 1468), geändert durch Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2304),“ gestrichen.

18. § 17 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Die Angabe „§ 13 Abs. 3“ wird durch „§ 15 Abs. 3“ ersetzt.

bb) In Nr. 1 wird die Angabe „Abs. 3“ durch „Abs. 2“ und das Wort „oder“ durch „und“ ersetzt.

cc) In Nr. 2 werden die Wörter „im Hessischen Straßen- und Wegegesetz sowie“ gestrichen und wird nach dem Wort „Hessen“ die Angabe „vom 1. Dezember 2005 (GVBl. I S. 786), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2018 (GVBl. S. 182)“ eingefügt.

b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Maßnahme“ die Wörter „oder ihr Unterlassen“ eingefügt.

bb) In Satz 3 werden nach dem Wort „vorliegt“ die Wörter „oder es sich um grundsätzliche Fragen der Barrierefreiheit handelt“ eingefügt.

19. § 18 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 18

Beauftragte oder Beauftragter der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderungen“

b) In Abs. 1 Satz 6 werden die Wörter „des Innern und für Sport“ durch „für Soziales und Integration“ ersetzt.

c) Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die beauftragte Person berät die Landesregierung bei der Fortentwicklung und Umsetzung der Politik für Menschen mit Behinderungen. Ihre Aufgabe ist es, darauf hinzuwirken, dass die Verantwortung des Landes für gleichwertige Lebensbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erfüllt wird. Sie hat zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen insbesondere

1. im Zusammenwirken mit den Schwerbehindertenvertretungen sowie den Behindertenverbänden auf die Einhaltung der Gleichstellungsverpflichtung nach diesem Gesetz durch die Träger öffentlicher Gewalt im Sinne des § 9 Abs. 1 Satz 1 hinzuwirken,
2. Anregungen von einzelnen Betroffenen, von Selbsthilfegruppen und von Behindertenverbänden entgegenzunehmen und zu prüfen,
3. Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention anzuregen,
4. durch geeignete Maßnahmen darauf hinzuwirken, dass das Land Hessen die Beschäftigungspflicht nach den §§ 154 bis 156 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch erfüllt, und hierzu die Hessische Landesregierung in allen Fragen der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen zu beraten sowie Integrationsmaßnahmen in der Landesverwaltung zu initiieren und zu begleiten,
5. die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch mit den von den kommunalen Gebietskörperschaften für die Belange von Menschen mit Behinderungen bestellten Persönlichkeiten und Gremien zu fördern und die kommunalen Gebietskörperschaften auf deren Wunsch bei der Erstellung einer Satzung nach § 8b Abs. 2 zu unterstützen,
6. die Zusammenarbeit mit den Verbänden und Organisationen, die sich mit den Interessen der Menschen mit Behinderungen befassen, zu fördern.

Bei der Aufgabenwahrnehmung ist darauf zu achten, dass die unter-

schiedlichen Lebensbedingungen von Frauen, Männern und Kindern mit Behinderungen berücksichtigt werden.“

- d) Dem Abs. 3 werden folgende Sätze angefügt:

„Die Träger öffentlicher Gewalt im Sinne des § 9 Abs. 1 Satz 1 sind verpflichtet, die beauftragte Person bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen, insbesondere die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Akteneinsicht zu gewähren, soweit dies zur sachgerechten Aufgabewahrnehmung erforderlich ist. Die Bestimmungen zum Schutz personenbezogener Daten bleiben unberührt.“

- e) Abs. 4 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Die beauftragte Person unterrichtet die Landesregierung und den Landtag einmal in jeder Wahlperiode über ihre Erfahrungen mit der Fortentwicklung der Interessenwahrnehmung der Belange von Menschen mit Behinderungen in den kommunalen Gebietskörperschaften.“

- f) Abs. 5 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „Ministerium des Innern und für Sport“ durch „Hessisches Ministerium für Soziales und Integration“ ersetzt.

bb) In Satz 2 werden die Wörter „des Innern und für Sport“ durch „für Soziales und Integration“ ersetzt.

cc) In Satz 3 wird das Wort „ehrenamtlich“ durch das Wort „hauptamtlich“ ersetzt.

dd) Satz 4 und 5 werden aufgehoben.

- g) In Abs. 6 Satz 1 wird nach den Wörtern „über die“ das Wort „ihr“ eingefügt.

- h) Abs. 7 wird aufgehoben.

20. Nach § 18 wird als neuer § 19 eingefügt:

„ § 19

Inklusionsbeirat

(1) Bei der oder dem Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderungen wird ein Inklusionsbeirat gebildet, der sie oder

ihn bei allen wesentlichen Fragen, die die Belange von Menschen mit Behinderungen betreffen, insbesondere auch im Zusammenhang mit der Aufgabenerfüllung nach § 18 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3, berät und unterstützt.

(2) Der Inklusionsbeirat besteht aus der oder dem Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderungen als Vorsitzende oder Vorsitzender und weiteren 30 Mitgliedern, von denen mindestens 16 Mitglieder Vertreterinnen oder Vertreter der Menschen mit Behinderungen sind. Die Mitglieder werden von der Beauftragten oder dem Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderungen für die Dauer einer Wahlperiode des Landtags ausgewählt und berufen. Bei der Auswahl der Mitglieder sind Menschen mit unterschiedlichsten Arten von Behinderungen angemessen zu berücksichtigen. Für jedes Mitglied ist ein stellvertretendes Mitglied zu berufen.

(3) Der Inklusionsbeirat arbeitet eng mit weiteren behindertenpolitisch sachverständigen Personen, Institutionen und Verbänden zusammen und kann diese bei Bedarf zu seinen Sitzungen einladen.

(4) Der Inklusionsbeirat gibt sich eine Geschäftsordnung, in der auch das Nähere zur Auswahl und Berufung der Mitglieder geregelt wird. Die Geschäftsordnung hat auch Regelungen über die Aufwandsentschädigung für die Tätigkeit der Mitglieder des Inklusionsbeirats, soweit diese ehrenamtlich tätig sind und diese Aufgabe nicht im Rahmen ihrer Berufstätigkeit wahrnehmen, zu enthalten. Die Regelungen nach Satz 2 bedürfen der Zustimmung der für die gesellschaftliche Teilhabe und das Recht der Menschen mit Behinderungen zuständigen Ministerin oder des hierfür zuständigen Ministers.“

21. Die Überschrift des Abschnitts 6 wird wie folgt gefasst:

„Abschnitt 6

Schlussvorschriften“

22. Der bisherige § 19 wird § 20.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt.

Es ist im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen zu verkünden.

Wiesbaden, den 19. Juni 2019

Der Hessische Ministerpräsident
Bouffier

Der Hessische Minister
für Soziales und Integration

Klose

**Achte Verordnung
zur Änderung der Hessischen Ausführungsverordnung
zum Gemeindefinanzreformgesetz*)**

Vom 29. Mai 2019

Aufgrund des

1. § 2 in Verbindung mit § 8 des Gemeindefinanzreformgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 2009 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2522), in Verbindung mit § 9 Nr. 1 der Delegationsverordnung vom 12. Dezember 2007 (GVBl. I S. 859), zuletzt geändert durch Verordnung vom 11. Dezember 2018 (GVBl. S. 716),
2. § 5 in Verbindung mit § 8 des Gemeindefinanzreformgesetzes in Verbindung mit § 9 Nr. 3 der Delegationsverordnung
3. § 5a Abs. 3 S. 3 des Gemeindefinanzreformgesetzes in Verbindung mit § 9 Nr. 4 der Delegationsverordnung,
4. § 5d Abs. 2 in Verbindung mit § 8 des Gemeindefinanzreformgesetzes in Verbindung mit § 9 Nr. 5 der Delegationsverordnung,
5. § 6 Abs. 8 in Verbindung mit § 8 des Gemeindefinanzreformgesetzes in Verbindung mit § 9 Nr. 6 der Delegationsverordnung

verordnet der Minister der Finanzen:

Artikel 1

Die Hessische Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz vom

11. März 1998 (GVBl. I S. 87, 204), zuletzt geändert durch Verordnung vom 11. Mai 2017 (GVBl. S. 90), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 wird die Angabe „25. November 2015 (GVBl. S. 414)“ durch „13. September 2018 (GVBl. S. 599), in der jeweils geltenden Fassung“ ersetzt.
2. § 5 Abs. 1 wird wie folgt gefasst: „Der auf die Gemeinden des Landes Hessen entfallende Anteil an der Umsatzsteuer nach § 1 Satz 3 des Finanzausgleichsgesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3955, 3956), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2696), in der jeweils geltenden Fassung wird nach dem in der Anlage 2 enthaltenen Schlüssel aufgeteilt.“
3. In § 11 Abs. 3 wird die Angabe „2020“ durch „2028“ ersetzt.
4. Die Anlagen 1 und 2 erhalten die aus dem Anhang ersichtliche Fassung.

Anhang

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Abweichend von Satz 1 tritt Art. 1 Nr. 4 mit Wirkung vom 1. Januar 2018 in Kraft.

Wiesbaden, den 29. Mai 2019

Der Hessische Minister der Finanzen
Dr. Schäfer

*) Ändert FFN 41-22

Anhang zu Art. 1 Nr. 4ANLAGE 1(zu § 1)

Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer ab 2018
- Gebietsstand 1. Januar 2018 -

LAND HESSEN	1,0000000	432 016 Ober-Ramstadt	0,0025640
		432 017 Otzberg	0,0011745
RB Darmstadt	0,6892029	432 018 Pfungstadt	0,0038827
RB Gießen	0,1471588	432 019 Reinheim	0,0027905
RB Kassel	0,1636383	432 020 Roßdorf	0,0024512
kreisfreie Städte	0,2462901	432 021 Schaafheim	0,0014275
411 Darmstadt	0,0267509	432 022 Seeheim-Jugenheim	0,0034478
412 Frankfurt am Main	0,1283576	432 023 Weiterstadt	0,0045237
413 Offenbach am Main	0,0152263	Darmstadt-Dieburg	0,0524208
414 Wiesbaden	0,0491212	433 001 Biebesheim	0,0010275
611 Kassel	0,0268341	433 002 Bischofsheim	0,0020789
kreisangehörige Gemeinden	0,7537100	433 003 Büttelborn	0,0027578
431 001 Abtsteinach	0,0004643	433 004 Gernsheim	0,0017988
431 002 Bensheim	0,0075653	433 005 Ginsheim-Gustavsburg	0,0027135
431 003 Biblis	0,0015738	433 006 Groß-Gerau	0,0041800
431 004 Birkenau	0,0017413	433 007 Kelsterbach	0,0022778
431 005 Bürstadt	0,0026252	433 008 Mörfelden-Walldorf	0,0061731
431 006 Einhausen	0,0012650	433 009 Nauheim	0,0019640
431 007 Fürth	0,0016031	433 010 Raunheim	0,0019023
431 008 Gornheimertal	0,0006788	433 011 Riedstadt	0,0040900
431 009 Grasellenbach	0,0004775	433 012 Rüsselsheim	0,0088696
431 010 Groß-Rohrheim	0,0006489	433 013 Stockstadt	0,0009173
431 011 Heppenheim	0,0044611	433 014 Trebur	0,0026510
431 012 Hirschhorn	0,0005077	Groß-Gerau	0,0434016
431 013 Lampertheim	0,0055473	434 001 Bad Homburg	0,0116490
431 014 Lautertal (Odenwald)	0,0011312	434 002 Friedrichsdorf	0,0053702
431 015 Lindenfels	0,0007530	434 003 Glashütten	0,0014485
431 016 Lorsch	0,0025050	434 004 Grävenwiesbach	0,0008669
431 017 Mörlenbach	0,0016791	434 005 Königstein	0,0041537
431 018 Neckarsteinach	0,0006146	434 006 Kronberg	0,0045651
431 019 Rimbach	0,0013684	434 007 Neu-Anspach	0,0030978
431 020 Viernheim	0,0054386	434 008 Oberursel	0,0103103
431 021 Wald-Michelbach	0,0014494	434 009 Schmitten	0,0019352
431 022 Zwingenberg	0,0014520	434 010 Steinbach	0,0017852
Bergstraße	0,0455506	434 011 Usingen	0,0025202
432 001 Alsbach-Hähnlein	0,0018078	434 012 Wehrheim	0,0020979
432 002 Babenhausen	0,0025778	434 013 Weilrod	0,0011360
432 003 Bickenbach	0,0011406	Hochtaunus	0,0509360
432 004 Dieburg	0,0027640	435 001 Bad Orb	0,0012207
432 005 Eppertshausen	0,0010898	435 002 Bad Soden-Salmünster	0,0017658
432 006 Erzhausen	0,0015849	435 003 Biebergemünd	0,0013938
432 007 Fischbachtal	0,0004666	435 004 Birstein	0,0008109
432 008 Griesheim	0,0051074	435 005 Brachtal	0,0007332
432 009 Groß-Bieberau	0,0007626	435 006 Bruchköbel	0,0037513
432 010 Groß-Umstadt	0,0036878	435 007 Erlensee	0,0020888
432 011 Groß-Zimmern	0,0022824	435 008 Flörsbachtal	0,0003299
432 012 Messel	0,0007326	435 009 Freigericht	0,0026032
432 013 Modautal	0,0009029	435 010 Gelnhausen	0,0040142
432 014 Mühltal	0,0028565	435 011 Großkrotzenburg	0,0013950
432 015 Münster	0,0023952	435 012 Gründau	0,0024667
		435 013 Hammersbach	0,0008764
		435 014 Hanau	0,0130740

Anhang zu Art. 1 Nr. 4ANLAGE 1(zu § 1)

Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer ab 2018
- Gebietsstand 1. Januar 2018 -

435 015	Hasselroth	0,0012976	438 008	Mühlheim am Main	0,0047615
435 016	Jossgrund	0,0005255	438 009	Neu-Isenburg	0,0062509
435 017	Langenselbold	0,0025195	438 010	Obertshausen	0,0042005
435 018	Linsengericht	0,0018498	438 011	Rodgau	0,0079239
435 019	Maintal	0,0061997	438 012	Rödermark	0,0050413
435 020	Neuberg	0,0009721	438 013	Seligenstadt	0,0039056
435 021	Nidderau	0,0038958		Offenbach	0,0614102
435 022	Niederdorfelden	0,0007040			
435 023	Rodenbach	0,0019335	439 001	Aarbergen	0,0009069
435 024	Ronneburg	0,0006395	439 002	Bad Schwalbach	0,0018039
435 025	Schlüchtern	0,0021525	439 003	Eitville	0,0034768
435 026	Schöneck	0,0024404	439 004	Geisenheim	0,0019952
435 027	Sinntal	0,0011245	439 005	Heidenrod	0,0013345
435 028	Steinau an der Straße	0,0013779	439 006	Hohenstein	0,0010761
435 029	Wächtersbach	0,0017191	439 007	Hünstetten	0,0021316
	Main-Kinzig	0,0658753	439 008	Idstein	0,0048276
			439 009	Kiedrich	0,0008099
436 001	Bad Soden am Taunus	0,0057515	439 010	Lorch	0,0004971
436 002	Eppstein	0,0030567	439 011	Niedernhausen	0,0031760
436 003	Eschborn	0,0046654	439 012	Oestrich-Winkel	0,0020682
436 004	Flörsheim	0,0038933	439 013	Rüdesheim am Rhein	0,0013091
436 005	Hattersheim	0,0051037	439 014	Schlangenbad	0,0012586
436 006	Hochheim	0,0034210	439 015	Taunusstein	0,0053869
436 007	Hofheim	0,0091737	439 016	Waldems	0,0010322
436 008	Kelkheim	0,0065527	439 017	Walluf	0,0012383
436 009	Kriftel	0,0024800		Rheingau-Taunus	0,0343289
436 010	Liederbach	0,0020491			
436 011	Schwalbach	0,0030074	440 001	Altenstadt	0,0019492
436 012	Sulzbach	0,0021555	440 002	Bad Nauheim	0,0053446
	Main-Taunus	0,0513100	440 003	Bad Vilbel	0,0073423
			440 004	Büdingen	0,0030805
437 001	Bad König	0,0012785	440 005	Butzbach	0,0039871
437 003	Brensbach	0,0007899	440 006	Echzell	0,0008188
437 004	Breuberg	0,0009416	440 007	Florstadt	0,0013867
437 005	Brombachtal	0,0005440	440 008	Friedberg	0,0047914
437 006	Erbach	0,0017345	440 009	Gedern	0,0009282
437 007	Fränkisch-Crumbach	0,0005463	440 010	Glauburg	0,0004819
437 009	Höchst i.Odw.	0,0013847	440 011	Hirzenhain	0,0003393
437 010	Lützelbach	0,0009480	440 012	Karben	0,0043247
437 011	Michelstadt	0,0022024	440 013	Kefenrod	0,0003512
437 012	Mossautal	0,0003605	440 014	Limeshain	0,0008622
437 013	Reichelsheim	0,0012172	440 015	Münzenberg	0,0010214
437 016	Oberzent	0,0013765	440 016	Nidda	0,0021935
	Odenwaldkreis	0,0133241	440 017	Niddatal	0,0017742
			440 018	Ober-Mörlen	0,0011082
			440 019	Ortenberg	0,0011689
			440 020	Ranstadt	0,0007736
			440 021	Reichelsheim	0,0011135
438 001	Dietzenbach	0,0046215	440 022	Rockenberg	0,0007851
438 002	Dreieich	0,0081308	440 023	Rosbach v. d. Höhe	0,0025992
438 003	Egelsbach	0,0022192	440 024	Wölfersheim	0,0014903
438 004	Hainburg	0,0023273	440 025	Wöllstadt	0,0011734
438 005	Heusenstamm	0,0036012		Wetterau	0,0511894
438 006	Langen	0,0067724			
438 007	Mainhausen	0,0016541			

Anhang zu Art. 1 Nr. 4ANLAGE 1(zu § 1)**Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer ab 2018
- Gebietsstand 1. Januar 2018 -**

531 001	Allendorf (Lumda)	0,000641800	533 011	Mengerskirchen	0,0007439
531 002	Biebertal	0,001752400	533 012	Merenberg	0,0004404
531 003	Buseck	0,002086800	533 013	Runkel	0,0014280
531 004	Fernwald	0,001141500	533 014	Selters (Taunus)	0,0011835
531 005	Gießen	0,009760000	533 015	Villmar	0,0010645
531 006	Grünberg	0,001916300	533 016	Waldbrunn (Westerwald)	0,0007667
531 007	Heuchelheim	0,001276300	533 017	Weilburg	0,0017151
531 008	Hungen	0,001782700	533 018	Weilmünster	0,0012745
531 009	Langgöns	0,001942700	533 019	Weinbach	0,0006469
531 010	Laubach	0,001300800		Limburg-Weilburg	0,0250128
531 011	Lich	0,002134200			
531 012	Linden	0,002063800	534 001	Amöneburg	0,0008771
531 013	Lollar	0,001275400	534 002	Angelburg	0,0004488
531 014	Pohlheim	0,002549700	534 003	Bad Endbach	0,0010218
531 015	Rabenau	0,000691500	534 004	Biedenkopf	0,0019824
531 016	Reiskirchen	0,001502400	534 005	Breidenbach	0,0009459
531 017	Staufenberg	0,001318000	534 006	Cölbe	0,0011175
531 018	Wettenberg	0,002265000	534 007	Dautphetal	0,0017677
	Gießen	0,0374013	534 008	Ebsdorfergrund	0,0014206
			534 009	Fronhausen	0,0006784
532 001	Aßlar	0,0019087	534 010	Gladenbach	0,0016821
532 002	Bischoffen	0,0005256	534 011	Kirchhain	0,0025190
532 003	Braunfels	0,0017304	534 012	Lahntal	0,0011795
532 004	Breitscheid	0,0006283	534 013	Lohra	0,0008653
532 005	Dietzhölzthal	0,0008012	534 014	Marburg	0,0106127
532 006	Dillenburg	0,0031548	534 015	Münchhausen	0,0004719
532 007	Driedorf	0,0007149	534 016	Neustadt (Hessen)	0,0010463
532 008	Ehringshausen	0,0012704	534 017	Rauschenberg	0,0006547
532 009	Eschenburg	0,0014524	534 018	Stadtallendorf	0,0024849
532 010	Greifenstein	0,0009304	534 019	Steffenberg	0,0005445
532 011	Haiger	0,0024329	534 020	Weimar	0,0012940
532 012	Herborn	0,0029111	534 021	Wetter (Hessen)	0,0012757
532 013	Hohenahr	0,0007699	534 022	Wohratal	0,0003081
532 014	Hüttenberg	0,0018753		Marburg-Biedenkopf	0,0351989
532 015	Lahnau	0,0013892			
532 016	Leun	0,0007656	535 001	Alsfeld	0,0019390
532 017	Mittenaar	0,0007231	535 002	Antrifttal	0,0002642
532 018	Schöffengrund	0,0010305	535 003	Feldatal	0,0003244
532 019	Siegbach	0,0003849	535 004	Freiensteinau	0,0003845
532 020	Sinn	0,0009026	535 005	Gemünden (Felda)	0,0003784
532 021	Solms	0,0019105	535 006	Grebenau	0,0003032
532 022	Waldsolms	0,0008145	535 007	Grebenhain	0,0006251
532 023	Wetzlar	0,0069783	535 008	Herbstein	0,0005645
	Lahn-Dill	0,0360055	535 009	Homburg (Ohm)	0,0010854
			535 010	Kirtorf	0,0004205
533 001	Beselich	0,0007537	535 011	Lauterbach	0,0016717
533 002	Brechen	0,0010575	535 012	Lautertal (Vogelsberg)	0,0003187
533 003	Bad Camberg	0,0025466	535 013	Mücke	0,0013464
533 004	Dornburg	0,0010991	535 014	Romrod	0,0003620
533 005	Elbtal	0,0003153	535 015	Schlitz	0,0010462
533 006	Elz	0,0011675	535 016	Schotten	0,0012962
533 007	Hadamar	0,0015903	535 017	Schwalmtal	0,0003511
533 008	Hünfelden	0,0016740	535 018	Ulrichstein	0,0003364
533 009	Limburg an der Lahn	0,0049916	535 019	Wartenberg	0,0005224
533 010	Löhnberg	0,0005537		Vogelsberg	0,0135403

Anhang zu Art. 1 Nr. 4ANLAGE 1(zu § 1)

Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer ab 2018
- Gebietsstand 1. Januar 2018 -

631 001	Bad Salzschlirf	0,0003222	633 009	Fuldata	0,0018376
631 002	Burghaun	0,0008798	633 010	Grebenstein	0,0007982
631 003	Dipperz	0,0005033	633 011	Habichtswald	0,0008720
631 004	Ebersburg	0,0005794	633 012	Helsa	0,0007194
631 005	Ehrenberg (Rhön)	0,0003106	633 013	Hofgeismar	0,0018631
631 006	Eichenzell	0,0016725	633 014	Immenhausen	0,0009726
631 007	Eiterfeld	0,0009602	633 015	Kaufungen	0,0020462
631 008	Flieden	0,0011455	633 016	Liebenau	0,0003895
631 009	Fulda	0,0079912	633 017	Lohfelden	0,0020802
631 010	Gersfeld (Rhön)	0,0005937	633 018	Naumburg	0,0007193
631 011	Großenlüder	0,0012311	633 019	Nieste	0,0003389
631 012	Hilders	0,0005069	633 020	Niestetal	0,0018593
631 013	Hofbieber	0,0007919	633 021	Oberweser	0,0004022
631 014	Hosenfeld	0,0005793	633 022	Reinhardshagen	0,0005750
631 015	Hünfeld	0,0021427	633 023	Schauenburg	0,0017562
631 016	Kalbach	0,0008113	633 024	Söhrewald	0,0007415
631 017	Künzell	0,0025228	633 025	Trendelburg	0,0006376
631 018	Neuhof	0,0014529	633 026	Vellmar	0,0029502
631 019	Nüsttal	0,0003646	633 027	Wahlsburg	0,0002381
631 020	Petersberg	0,0024765	633 028	Wolfhagen	0,0017400
631 021	Poppenhausen	0,0003214	633 029	Zierenberg	0,0009993
631 022	Rasdorf	0,0001990		Kassel	0,0357957
631 023	Tann (Rhön)	0,0004095			
	Fulda	0,0287683			
632 001	Alheim	0,0006009	634 001	Borken (Hessen)	0,0015557
632 002	Bad Hersfeld	0,0038308	634 002	Edermünde	0,0013234
632 003	Bebra	0,0014903	634 003	Felsberg	0,0015739
632 004	Breitenbach a. Herzberg	0,0002058	634 004	Frielandorf	0,0009090
632 005	Cornberg	0,0001416	634 005	Fritzlar	0,0020921
632 006	Friedewald	0,0003743	634 006	Gilsberg	0,0003807
632 007	Hauneck	0,0004254	634 007	Gudensberg	0,0014766
632 008	Haunetal	0,0003737	634 008	Guxhagen	0,0009314
632 009	Heringen (Werra)	0,0009835	634 009	Homberg (Efze)	0,0017637
632 010	Hohenroda	0,0004235	634 010	Jesberg	0,0002613
632 011	Kirchheim	0,0004473	634 011	Knüllwald	0,0006179
632 012	Ludwigsau	0,0006731	634 012	Körle	0,0005175
632 013	Nentershausen	0,0003062	634 013	Malsfeld	0,0006096
632 014	Neuenstein	0,0003637	634 014	Melsungen	0,0022829
632 015	Niederaula	0,0006765	634 015	Morschen	0,0004567
632 016	Philippsthal	0,0006022	634 016	Neuental	0,0004090
632 017	Ronshausen	0,0003433	634 017	Neukirchen	0,0007561
632 018	Rotenburg a.d. Fulda	0,0017669	634 018	Niedenstein	0,0008533
632 019	Schenklingfeld	0,0006225	634 019	Oberaula	0,0003426
632 020	Wildeck	0,0006544	634 020	Ottrau	0,0002547
	Hersfeld-Rotenburg	0,0153059	634 021	Schrecksbach	0,0003719
633 001	Ahnatal	0,0015041	634 022	Schwalmstadt	0,0022107
633 002	Bad Karlshafen	0,0003743	634 023	Schwarzenborn	0,0001071
633 003	Baunatal	0,0046029	634 024	Spangenberg	0,0008593
633 004	Breuna	0,0005182	634 025	Wabern	0,0010043
633 005	Calden	0,0011167	634 026	Willingshausen	0,0006583
633 006	Emstal	0,0008847	634 027	Bad Zwesten	0,0005393
633 007	Espenau	0,0007806		Schwalm-Eder	0,0251190
633 008	Fuldabrück	0,0014778			

Anhang zu Art. 1 Nr. 4ANLAGE 1(zu § 1)

Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer ab 2018
- Gebietsstand 1. Januar 2018 -

635 001	Allendorf (Eder)	0,0008410
635 002	Bad Arolsen	0,0019836
635 003	Bad Wildungen	0,0020140
635 004	Battenberg (Eder)	0,0007756
635 005	Bromskirchen	0,0002097
635 006	Burgwald	0,0007426
635 007	Diemelsee	0,0005921
635 008	Diemelstadt	0,0006563
635 009	Edertal	0,0008179
635 010	Frankenau	0,0004049
635 011	Frankenberg (Eder)	0,0024334
635 012	Gemünden (Wohra)	0,0004684
635 013	Haina (Kloster)	0,0004523
635 014	Hatzfeld (Eder)	0,0004529
635 015	Korbach	0,0029462
635 016	Lichtenfels	0,0005260
635 017	Rosenthal	0,0002960
635 018	Twistetal	0,0005587
635 019	Vöhl	0,0006900
635 020	Volkmarsen	0,0007991
635 021	Waldeck	0,0008554
635 022	Willingen (Upland)	0,0007157
	Waldeck-Frankenberg	0,0202318
636 001	Bad-Sooden-Allendorf	0,0008366
636 002	Berkatal	0,0001931
636 003	Eschwege	0,0021151
636 004	Großalmerode	0,0008360
636 005	Herleshausen	0,0003235
636 006	Hessisch Lichtenau	0,0014886
636 007	Meinhard	0,0005729
636 008	Meißner	0,0003706
636 009	Neu-Eichenberg	0,0002403
636 010	Ringgau	0,0003485
636 011	Sontra	0,0007462
636 012	Waldkappel	0,0005489
636 013	Wanfried	0,0004266
636 014	Wehretal	0,0006563
636 015	Weißborn	0,0000910
636 016	Witzenhausen	0,0017894
	Werra-Meißner	0,0115836

Anhang zu Art. 1 Nr. 4ANLAGE 2
(zu § 5 Abs. 1)Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer ab 2018
- Gebietsstand 1. Januar 2018 -

LAND HESSEN	1,000000000	432 016 Ober-Ramstadt	0,001557890
RB Darmstadt	0,720878012	432 017 Otzberg	0,000266393
RB Gießen	0,120418921	432 018 Pfungstadt	0,001905626
RB Kassel	0,158703067	432 019 Reinheim	0,001092206
kreisfreie Städte	0,463236827	432 020 Roßdorf	0,000962425
411 Darmstadt	0,038918345	432 021 Schaaffheim	0,000352389
412 Frankfurt am Main	0,304347121	432 022 Seeheim-Jugenheim	0,000783634
413 Offenbach am Main	0,019131630	432 023 Weiterstadt	0,003965075
414 Wiesbaden	0,057553413	Darmstadt-Dieburg	0,026553443
611 Kassel	0,043286318	433 001 Biebesheim	0,000925443
kreisangehörige Gemeinden	0,536763173	433 002 Bischofsheim	0,000735752
431 001 Abtsteinach	0,000145786	433 003 Büttelborn	0,000781291
431 002 Bensheim	0,007470133	433 004 Gernsheim	0,001728083
431 003 Biblis	0,000886852	433 005 Ginsheim-Gustavsburg	0,001969344
431 004 Birkenau	0,000324106	433 006 Groß-Gerau	0,003476674
431 005 Bürstadt	0,000993853	433 007 Kelsterbach	0,002758459
431 006 Einhausen	0,000219611	433 008 Mörfelden-Walldorf	0,004578340
431 007 Fürth	0,000586597	433 009 Nauheim	0,000461347
431 008 Gorxheimertal	0,000087179	433 010 Raunheim	0,001989067
431 009 Grasellenbach	0,000211891	433 011 Riedstadt	0,001355007
431 010 Groß-Rohrheim	0,000325773	433 012 Rüsselsheim	0,014153163
431 011 Heppenheim	0,003429453	433 013 Stockstadt	0,000353522
431 012 Hirschhorn	0,000436682	433 014 Trebur	0,000659214
431 013 Lampertheim	0,002629699	Groß-Gerau	0,035924706
431 014 Lautertal (Odenwald)	0,000305632	434 001 Bad Homburg	0,015601665
431 015 Lindenfels	0,000295024	434 002 Friedrichsdorf	0,002778641
431 016 Lorsch	0,001092028	434 003 Glashütten	0,000160983
431 017 Mörlenbach	0,000452077	434 004 Grävenwiesbach	0,000212615
431 018 Neckarsteinach	0,000252149	434 005 Königstein	0,001562935
431 019 Rimbach	0,000471192	434 006 Kronberg	0,004132393
431 020 Viernheim	0,003213384	434 007 Neu-Anspach	0,000757184
431 021 Wald-Michelbach	0,000534438	434 008 Oberursel	0,007829974
431 022 Zwingenberg	0,000461341	434 009 Schmitten	0,000412418
Bergstraße	0,024824880	434 010 Steinbach	0,000489634
432 001 Alsbach-Hähnlein	0,000963778	434 011 Usingen	0,001028051
432 002 Babenhausen	0,002135719	434 012 Wehrheim	0,000807764
432 003 Bickenbach	0,000585170	434 013 Weilrod	0,000197743
432 004 Dieburg	0,002921741	Hochtaunus	0,035972000
432 005 Eppertshausen	0,000424165	435 001 Bad Orb	0,000639225
432 006 Erzhausen	0,000289870	435 002 Bad Soden-Salmünster	0,001307485
432 007 Fischbachtal	0,000072704	435 003 Biebergemünd	0,001653042
432 008 Griesheim	0,002177788	435 004 Birstein	0,000347931
432 009 Groß-Bieberau	0,000684259	435 005 Brachtal	0,000150263
432 010 Groß-Umstadt	0,002322578	435 006 Bruchköbel	0,000994396
432 011 Groß-Zimmern	0,000836525	435 007 Erlensee	0,001260615
432 012 Messel	0,000212068	435 008 Flörsbachtal	0,000061679
432 013 Modautal	0,000242038	435 009 Freigericht	0,000654947
432 014 Mühltal	0,001306681	435 010 Gelnhausen	0,004240064
432 015 Münster	0,000492721	435 011 Großkrotzenburg	0,000316071
		435 012 Gründau	0,001085546
		435 013 Hammersbach	0,000182559
		435 014 Hanau	0,020736339

Anhang zu Art. 1 Nr. 4ANLAGE 2
(zu § 5 Abs. 1)Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer ab 2018
- Gebietsstand 1. Januar 2018 -

435 015	Hasselroth	0,000305035	438 008	Mühlheim am Main	0,001785451
435 016	Jossgrund	0,000149165	438 009	Neu-Isenburg	0,010013003
435 017	Langenselbold	0,001800503	438 010	Obertshausen	0,002479458
435 018	Linsengericht	0,000977152	438 011	Rodgau	0,003260616
435 019	Maintal	0,003465449	438 012	Rödermark	0,002128989
435 020	Neuberg	0,000157594	438 013	Seligenstadt	0,001834457
435 021	Nidderau	0,001158465		Offenbach	0,042582155
435 022	Niederdorfelden	0,000507946	439 001	Aarbergen	0,000374875
435 023	Rodenbach	0,000512918	439 002	Bad Schwalbach	0,000759341
435 024	Ronneburg	0,000087909	439 003	Eitville	0,001964194
435 025	Schlüchtern	0,001692262	439 004	Geisenheim	0,000995921
435 026	Schöneck	0,000471056	439 005	Heidenrod	0,000227605
435 027	Sinnatal	0,000515516	439 006	Hohenstein	0,000179268
435 028	Steinau an der Straße	0,001008079	439 007	Hünstetten	0,000313647
435 029	Wächtersbach	0,001093830	439 008	Idstein	0,003051237
	Main-Kinzig	0,047533041	439 009	Kiedrich	0,000426558
436 001	Bad Soden am Taunus	0,002393712	439 010	Lorch	0,000250317
436 002	Eppstein	0,000651311	439 011	Niedernhausen	0,000413582
436 003	Eschborn	0,015141741	439 012	Oestrich-Winkel	0,000580445
436 004	Flörsheim	0,001585711	439 013	Rüdesheim am Rhein	0,001032031
436 005	Hattersheim	0,001846200	439 014	Schlangenberg	0,000223044
436 006	Hochheim	0,001455555	439 015	Taunusstein	0,002666902
436 007	Hofheim	0,004444736	439 016	Waldems	0,000214566
436 008	Kelkheim	0,001486657	439 017	Walluf	0,000918459
436 009	Kriftel	0,001129875		Rheingau-Taunus	0,014591992
436 010	Liederbach	0,000607359	440 001	Altenstadt	0,000961307
436 011	Schwalbach	0,005666045	440 002	Bad Nauheim	0,003282451
436 012	Sulzbach	0,002658822	440 003	Bad Vilbel	0,003364057
	Main-Taunus	0,039067724	440 004	Büdingen	0,002022982
437 001	Bad König	0,000723848	440 005	Butzbach	0,001938971
437 003	Brensbach	0,000380055	440 006	Echzell	0,000243909
437 004	Breuberg	0,001596427	440 007	Florstadt	0,000359159
437 005	Brombachtal	0,000123967	440 008	Friedberg	0,003637556
437 006	Erbach	0,001786131	440 009	Gedern	0,000568469
437 007	Fränkisch-Crumbach	0,000154620	440 010	Glauburg	0,000149535
437 009	Höchst i.Odw.	0,000426837	440 011	Hirzenhain	0,000182554
437 010	Lützelbach	0,000183189	440 012	Karben	0,002350546
437 011	Michelstadt	0,001585337	440 013	Kefenrod	0,000199910
437 012	Mossautal	0,000116361	440 014	Limeshain	0,000238538
437 013	Reichelsheim	0,000696435	440 015	Münzenberg	0,000200990
437 016	Oberzent	0,000509907	440 016	Nidda	0,001729793
	Odenwaldkreis	0,008283114	440 017	Niddatal	0,000211382
438 001	Dietzenbach	0,004436496	440 018	Ober-Mörlen	0,000438878
438 002	Dreieich	0,006771026	440 019	Ortenberg	0,000393885
438 003	Egelsbach	0,001292029	440 020	Ranstadt	0,000284621
438 004	Hainburg	0,000726707	440 021	Reichelsheim	0,000284056
438 005	Heusenstamm	0,001977730	440 022	Rockenberg	0,000159375
438 006	Langen	0,004931134	440 023	Rosbach v. d. Höhe	0,001591298
438 007	Mainhausen	0,000945059	440 024	Wölfersheim	0,000643578
			440 025	Wöllstadt	0,000156648
				Wetterau	0,025594448

Anhang zu Art. 1 Nr. 4ANLAGE 2
(zu § 5 Abs. 1)Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer ab 2018
- Gebietsstand 1. Januar 2018 -

531 001	Allendorf (Lumda)	0,000143484	533 011	Mengerskirchen	0,000328967
531 002	Biebertal	0,000497282	533 012	Merenberg	0,000242116
531 003	Buseck	0,001071736	533 013	Runkel	0,000580249
531 004	Fernwald	0,000780714	533 014	Selters (Taunus)	0,000158938
531 005	Gießen	0,013795363	533 015	Villmar	0,000257073
531 006	Grünberg	0,001253307	533 016	Waldbrunn (Westerwald)	0,000180737
531 007	Heuchelheim	0,001536169	533 017	Weilburg	0,001571724
531 008	Hungen	0,001086234	533 018	Weilmünster	0,000785683
531 009	Langgöns	0,001055974	533 019	Weinbach	0,000102868
531 010	Laubach	0,000919234		Limburg-Weilburg	0,016053156
531 011	Lich	0,001144228			
531 012	Linden	0,000968552	534 001	Amöneburg	0,000100437
531 013	Lollar	0,001230430	534 002	Angelburg	0,000178010
531 014	Pohlheim	0,001203043	534 003	Bad Endbach	0,000379920
531 015	Rabenau	0,000126021	534 004	Biedenkopf	0,002172292
531 016	Reiskirchen	0,001098959	534 005	Breidenbach	0,001018989
531 017	Staufenberg	0,000375182	534 006	Cöbbe	0,000538011
531 018	Wettenberg	0,001179196	534 007	Dautphetal	0,001199572
	Gießen	0,029465108	534 008	Ebsdorfergrund	0,000372420
			534 009	Fronhausen	0,000278042
532 001	Aßlar	0,001873305	534 010	Gladenbach	0,001040720
532 002	Bischoffen	0,000206850	534 011	Kirchhain	0,001110141
532 003	Braunfels	0,000665582	534 012	Lahtal	0,000292829
532 004	Breitscheid	0,000304540	534 013	Lohra	0,000289432
532 005	Dietzhöztal	0,001273923	534 014	Marburg	0,015970127
532 006	Dillenburg	0,003587361	534 015	Münchhausen	0,000130354
532 007	Driedorf	0,000518399	534 016	Neustadt (Hessen)	0,000287701
532 008	Ehringshausen	0,000999399	534 017	Rauschenberg	0,000160085
532 009	Eschenburg	0,000976516	534 018	Stadtallendorf	0,005969579
532 010	Greifenstein	0,000357325	534 019	Steffenberg	0,000338147
532 011	Haiger	0,002948410	534 020	Weimar	0,000289288
532 012	Herborn	0,004336144	534 021	Wetter (Hessen)	0,000376205
532 013	Hohenahr	0,000172673	534 022	Wohratal	0,000108609
532 014	Hüttenberg	0,000603558		Marburg-Biedenkopf	0,032600910
532 015	Lahnau	0,000922687			
532 016	Leun	0,000220401	535 001	Alsfeld	0,002318072
532 017	Mittenaar	0,000319785	535 002	Antrifttal	0,000045907
532 018	Schöffengrund	0,000191284	535 003	Feldatal	0,000080201
532 019	Siegbach	0,000045095	535 004	Freiensteinau	0,000131328
532 020	Sinn	0,000522551	535 005	Gemünden (Felda)	0,000109189
532 021	Solms	0,000958818	535 006	Grebenau	0,000195097
532 022	Waldsolms	0,000163277	535 007	Grebenhain	0,000445726
532 023	Wetzlar	0,009904458	535 008	Herbstein	0,000619664
	Lahn-Dill	0,032072341	535 009	Homburg (Ohm)	0,001010758
			535 010	Kirtorf	0,000117041
533 001	Beselich	0,000199008	535 011	Lauterbach	0,002087894
533 002	Brechen	0,000259742	535 012	Lautertal (Vogelsberg)	0,000105643
533 003	Bad Camberg	0,001287843	535 013	Mücke	0,000830184
533 004	Dornburg	0,000477444	535 014	Romrod	0,000124198
533 005	Elbtal	0,000063425	535 015	Schlitz	0,000740166
533 006	Elz	0,000682470	535 016	Schotten	0,000813637
533 007	Hadamar	0,000678223	535 017	Schwalmtal	0,000096919
533 008	Hünfelden	0,000258067	535 018	Ulrichstein	0,000146197
533 009	Limburg an der Lahn	0,007700758	535 019	Wartenberg	0,000209585
533 010	Löhnberg	0,000237821		Vogelsberg	0,010227406

Anhang zu Art. 1 Nr. 4ANLAGE 2
(zu § 5 Abs. 1)Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer ab 2018
- Gebietsstand 1. Januar 2018 -

631 001	Bad Salzschlirf	0,000314946	633 009	Fuldata	0,000602540
631 002	Burghaun	0,000500728	633 010	Grebenstein	0,000161509
631 003	Dipperz	0,000149501	633 011	Habichtswald	0,000131316
631 004	Ebersburg	0,000336715	633 012	Helsa	0,000239231
631 005	Ehrenberg (Rhön)	0,000109077	633 013	Hofgeismar	0,001676688
631 006	Eichenzell	0,001402201	633 014	Immenhausen	0,000521828
631 007	Eiterfeld	0,000794710	633 015	Kaufungen	0,001259389
631 008	Flieden	0,000429683	633 016	Liebena	0,000087672
631 009	Fulda	0,016018754	633 017	Lohfelden	0,001739514
631 010	Gersfeld (Rhön)	0,000414991	633 018	Naumburg	0,000248226
631 011	Großenlüder	0,000692291	633 019	Nieste	0,000044115
631 012	Hilders	0,000315025	633 020	Niestetal	0,001949087
631 013	Hofbieber	0,000255121	633 021	Oberweser	0,000205601
631 014	Hosenfeld	0,000159464	633 022	Reinhardshagen	0,000197068
631 015	Hünfeld	0,001907617	633 023	Schauenburg	0,000335416
631 016	Kalbach	0,000406926	633 024	Söhrewald	0,000120768
631 017	Künzell	0,000755466	633 025	Trendelburg	0,000161684
631 018	Neuhof	0,001113812	633 026	Vellmar	0,000949508
631 019	Nüsttal	0,000076177	633 027	Wahlsburg	0,000168035
631 020	Petersberg	0,001340803	633 028	Wolffhagen	0,001153509
631 021	Poppenhausen	0,000378876	633 029	Zierenberg	0,000291911
631 022	Rasdorf	0,000116160		Kassel	0,028659429
631 023	Tann (Rhön)	0,000285962			
	Fulda	0,028275006	634 001	Borken (Hessen)	0,000749948
632 001	Alheim	0,000253837	634 002	Edermünde	0,000312581
632 002	Bad Hersfeld	0,006283886	634 003	Felsberg	0,000498927
632 003	Bebra	0,001590466	634 004	Frielendorf	0,000344669
632 004	Breitenbach a. Herzberg	0,000053416	634 005	Fritzlar	0,001030474
632 005	Cornberg	0,000057616	634 006	Gilsberg	0,000157832
632 006	Friedewald	0,000400323	634 007	Gudensberg	0,000528439
632 007	Hauneck	0,000227761	634 008	Guxhagen	0,000537299
632 008	Hauental	0,000091248	634 009	Homberg (Efze)	0,001382446
632 009	Heringen (Werra)	0,001657672	634 010	Jesberg	0,000094800
632 010	Hohenroda	0,000130795	634 011	Knüllwald	0,000279604
632 011	Kirchheim	0,000533444	634 012	Körle	0,000103767
632 012	Ludwigsau	0,000147692	634 013	Malsfeld	0,000480985
632 013	Nentershausen	0,000102744	634 014	Melsungen	0,003895571
632 014	Neuenstein	0,000467933	634 015	Morschen	0,000108385
632 015	Niederaula	0,000624848	634 016	Neuental	0,000051116
632 016	Philippsthal	0,001869223	634 017	Neukirchen	0,000455258
632 017	Ronshausen	0,000105264	634 018	Niedenstein	0,000139802
632 018	Rotenburg a.d. Fulda	0,001028212	634 019	Oberaula	0,000151206
632 019	Schenklengsfeld	0,000122836	634 020	Ottrau	0,000063796
632 020	Wildeck	0,000282585	634 021	Schrecksbach	0,000092881
	Hersfeld-Rotenburg	0,016031801	634 022	Schwalmsstadt	0,002743541
633 001	Ahnatal	0,000213798	634 023	Schwarzenborn	0,000065424
633 002	Bad Karlshafen	0,000356743	634 024	Spangenberg	0,000772238
633 003	Baunatal	0,013128987	634 025	Wabern	0,000371834
633 004	Breuna	0,000157663	634 026	Willingshausen	0,000145182
633 005	Calden	0,000602279	634 027	Bad Zwesten	0,000380223
633 006	Emstal	0,000527509		Schwalm-Eder	0,015938228
633 007	Espenau	0,000109308			
633 008	Fuldabrück	0,001318527			

Anhang zu Art. 1 Nr. 4ANLAGE 2
(zu § 5 Abs. 1)Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer ab 2018
- Gebietsstand 1. Januar 2018 -

635 001	Allendorf (Eder)	0,001829792
635 002	Bad Arolsen	0,001907558
635 003	Bad Wildungen	0,002198567
635 004	Battenberg (Eder)	0,000575493
635 005	Bromskirchen	0,000264500
635 006	Burgwald	0,000412888
635 007	Diemelsee	0,000299284
635 008	Diemelstadt	0,000498320
635 009	Edertal	0,000221077
635 010	Frankenau	0,000061556
635 011	Frankenberg (Eder)	0,002101678
635 012	Gemünden (Wohra)	0,000255917
635 013	Haina (Kloster)	0,000322218
635 014	Hatzfeld (Eder)	0,000310655
635 015	Korbach	0,004295897
635 016	Lichtenfels	0,000204628
635 017	Rosenthal	0,000069902
635 018	Twistetal	0,000190059
635 019	Vöhl	0,000182218
635 020	Volkmarsen	0,000542812
635 021	Waldeck	0,000327983
635 022	Willingen (Upland)	0,000699480
	Waldeck-Frankenberg	0,017772482
636 001	Bad-Sooden-Allendorf	0,000613495
636 002	Berkatal	0,000187769
636 003	Eschwege	0,002861738
636 004	Großalmerode	0,000418294
636 005	Herleshausen	0,000147164
636 006	Hessisch Lichtenau	0,001313701
636 007	Meinhard	0,000278753
636 008	Meißner	0,000091799
636 009	Neu-Eichenberg	0,000050074
636 010	Ringgau	0,000118188
636 011	Sontra	0,000459884
636 012	Waldkappel	0,000316003
636 013	Wanfried	0,000240009
636 014	Wehretal	0,000184242
636 015	Weißborn	0,000011307
636 016	Witzenhausen	0,001447383
	Werra-Meißner	0,008739803

**Veröffentlichung
des Präsidenten des Hessischen Landtags über die Beträge
der Entschädigungen der Abgeordneten und von Leistungen
nach dem Hessischen Abgeordnetengesetz zum 1. Juli 2019*)**

Vom 18. Juni 2019

Aufgrund von § 5 Abs. 3 Satz 4 und § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 Satz 6 und § 9 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit § 5 Abs. 3 Satz 4 des Hessischen Abgeordnetengesetzes (HessAbgG) vom 18. Oktober 1989 (GVBl. I S. 261), zuletzt geändert durch Beschluss in der Plenarsitzung vom 17. Juni 2019, wird Folgendes veröffentlicht:

Nach § 5 Abs. 3 Satz 3, § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 Satz 5 und § 9 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit § 5 Abs. 3 Satz 3 HessAbgG hat das Hessische Statistische Landesamt dem Präsidenten des Landtags die prozentuale Veränderung der nach § 5 Abs. 3 Satz 2 HessAbgG ermittelten Verdienstentwicklung in Hessen sowie die durchschnittliche Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex des abgelaufenen Jahres mitzuteilen. Die Entschädigungen der Abgeordneten und Leistungen nach dem HessAbgG werden an die Verdienstentwicklung in Hessen angepasst. Die Anpassung der Kostenpauschale erfolgt aufgrund § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 Satz 3 HessAbgG.

In der entsprechenden Mitteilung des Landesamtes wird – wobei die Veränderungen im Jahr 2018 gegenüber 2017 heranzuziehen sind – die Veränderungsrate des Nominallohnindex mit 2,9 v.H. beziffert.

Gemessen am Verbraucherpreisindex für Hessen betrug die durchschnittliche Veränderungsrate des abgelaufenen Jahres 1,5 v.H.

Demnach betragen ab 1. Juli 2019

- | | |
|--|---------|
| – die Grundentschädigung
(§ 5 Abs. 1 Satz 2 HessAbgG) | 8.206 € |
| – der steuerpflichtige Auszahlungsbetrag der Grundentschädigung
(§ 5 Abs. 2 Satz 2 HessAbgG)
sowie das Übergangsgeld
(§ 9 Abs. 1 Satz 1 HessAbgG) | 8.184 € |
| – die steuerpflichtigen Auszahlungsbeträge der nicht versorgungsfähigen Amtszulagen für den Präsidenten des Landtags und die Fraktionsvorsitzenden | 4.092 € |
| sowie für die Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten
(§ 5 Abs. 2 Satz 3 HessAbgG). | 2.046 € |
| – die Kostenpauschale
(§ 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 Satz 2 HessAbgG) | 950 €. |

Darüber hinaus hat eine Erhöhung finanzielle Auswirkungen, soweit die Berechnung von Versorgungsleistungen nach Bestimmungen des hessischen Abgeordnetenrechts an der Anpassung zu bemessen ist.

Wiesbaden, 18. Juni 2019

Der Präsident des Hessischen Landtags
Boris Rhein

Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen

Sie brauchen Platz in Ihrem Archiv?

Wir erstellen Ihnen die Gesetz- und Verordnungsblätter der Jahrgänge ab 1995 bis 2018 im PDF-Format auf CD-ROM.

Preis pro CD

59,80 Euro

Publizieren mit System.

BERNECKER

Ja, ich möchte das **Gesetz- und Verordnungsblatt** für das Land Hessen auf CD-ROM bestellen

Name, Vorname

Straße

PLZ/Ort

Unterschrift

Jahrgang 1995	Jahrgang 1996
Jahrgang 1997	Jahrgang 1998
Jahrgang 1999	Jahrgang 2000
Jahrgang 2001	Jahrgang 2002
Jahrgang 2003	Jahrgang 2004
Jahrgang 2005	Jahrgang 2006
Jahrgang 2007	Jahrgang 2008
Jahrgang 2009	Jahrgang 2010
Jahrgang 2011	Jahrgang 2012
Jahrgang 2013	Jahrgang 2014
Jahrgang 2015	Jahrgang 2016
Jahrgang 2017	Jahrgang 2018

Bestellung bitte an:

A. Bernecker Verlag, Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen, Tel. (05661) 731-465, Fax (05661) 731-400

Herausgeber: Hessische Staatskanzlei, Wiesbaden

Verlag: A. Bernecker Verlag GmbH, Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 73 14 00, ISDN: (0 56 61) 73 13 61, Internet: www.bernecker.de

Druck: Druckerei Bernecker GmbH, Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen, Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 73 12 89

Vertrieb und Abonnementverwaltung:

A. Bernecker Verlag GmbH, Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen, Tel.: (0 56 61) 7 31-4 20, Fax: (0 56 61) 7 31-4 00
E-Mail: aboverwaltung@bernecker.de

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Abbestellungen zum 31. Dezember müssen spätestens am 15. November schriftlich beim Verlag vorliegen. Fälle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung und dergleichen entbinden den Verlag von der Verpflichtung auf Erfüllung von Aufträgen und Schadensersatzleistungen.

Bezugspreis: Der jährliche Bezugspreis beträgt 62 EUR einschl. MwSt. und Versand. Einzelausgaben kosten bis zu einem Umfang von 16 Seiten EUR 3,83. Bei stärkeren Ausgaben erhöht sich der Preis um 3,06 EUR je zusätzlich angefangener 16 Seiten. Die Preise verstehen sich inkl. MwSt. und zzgl. Porto und Verpackung.
